

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Planungsbericht zur Weiterentwicklung der Polizeiorganisation und der Polizeibestände im Kanton Aargau
PDF-Dokument generiert am	14.03.2023 13:37
Stellungnahme von:	Finanzfachleute Aargauer Gemeinden

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Planungsbericht zur Weiterentwicklung der Polizeiorganisation und der Polizeibestände im Kanton Aargau

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 17. November 2022 bis 15. März 2023.

Inhalt

Gestützt auf den Planungsbericht soll der Grosse Rat die strategische Ausrichtung zur Weiterentwicklung der Polizeiorganisation und der Polizeibestände im Kanton Aargau festlegen. Der Regierungsrat schlägt im Entwurf des Planungsberichts vor, dass die bestehende duale Polizeiorganisation beibehalten und optimiert werden soll. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Polizeibestände schlägt der Regierungsrat vor, dass sich der Mindestbestand weiterhin nach der Verhältniszahl von 1:700 richten soll und der über diese Verhältniszahl hinausgehende Personalbedarf der Kantonspolizei mit alle fünf Jahre stattfindenden Standortbestimmungen geplant werden soll. Der Regierungsrat schlägt weiter vor, dass zwei Drittel der Bestandesentwicklung, welche zum Erreichen der Verhältniszahl von 1:700 für die polizeiliche Grundversorgung erforderlich ist, bei der Kantonspolizei erfolgen sollen. Ein Drittel soll durch die Gemeinden bei den Regionalpolizeien sichergestellt werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Rudolf Moos

Projektleiter

Generalsekretariat

062 835 14 14

rudolf.moos@ag.ch

Angaben zu Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	Finanzfachleute Aargauer Gemeinden
E-Mail	daniel.baumgartner@villmergen.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	Christoph
Nachname	Rehmann
E-Mail	christoph.rehmann@gipf-oberfrick.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1

Sind Sie damit einverstanden, dass die bestehende duale Polizeiorganisation beibehalten und optimiert werden soll?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass eine duale Organisation generell einen Mehraufwand generiert, da Schnittstellen entstehen. Zudem ist unglücklich, dass die Lohnsysteme unterschiedlich aufgebaut sind und somit die Fluktuation von Angestellten unter Regionalpolizeien und zwischen Kantons- und Regionalpolizeien angetrieben wird. Wir sind der Meinung, dass die Polizeikorps einen guten Einsatz leisten, auf lange Dauer aber eine Einheitspolizei Synergien besser ausschöpfen kann.

Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass im Fall des Wechsels zur Einheitspolizei die damit verbundene finanzielle Entlastung der Gemeinden durch eine Mehrbelastung in einem anderen Bereich ausgeglichen werden soll?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Die finanzielle Entlastung soll ausgeglichen werden. Der Anteil der finanziellen Entlastung muss aber genau eruiert werden, da einzelne Aufgaben bei den Gemeinden verbleiben.

Frage 3

Sind Sie damit einverstanden, dass die in § 13 Abs. 2 PoIG geregelte Verhältniszahl von 1:700 beibehalten und dass der über diese Verhältniszahl hinausgehende Personalbedarf der Kantonspolizei mittels periodischen Standortbestimmungen geplant werden soll?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Die Verhältniszahl von 1:700 ist aktuell beizubehalten. Es gibt momentan keinen Anlass diesen Wert zu verändern.

Frage 4

Sind Sie damit einverstanden, dass die periodischen Standortbestimmungen gemäss Leitsatz 3 alle fünf Jahre durch den Regierungsrat erfolgen sollen?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass sich die Gemeinden bei einer Weiterführung der dualen Polizeiorganisation zu einem Drittel an der Bestandesentwicklung beteiligen sollen, welche aufgrund der gesetzlich geregelten Verhältniszahl für den Mindestbestand von 1:700 für die polizeiliche Grundversorgung erforderlich ist?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 5

Eine Beteiligung zu einem Drittel wird als angemessen betrachtet.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen